Was ist Sicherheit und wie viel braucht ein Mensch davon, um sich in seiner Welt ,heimisch zu fühlen? Eckart Conze skizziert das rückwärtsgewandte Sicherheitsstreben in der Ära Adenauer, den optimistischen Glauben an die Sicherheit von Fortschritt und Wachstum in den sechziger und frühen siebziger Jahren, das folgende Jahrzehnt der "Inneren Sicherheit" und schließlich die internationale Sicherheitspolitik. Dabei entwickelt er ein neues Konzept einer "modernen Politikgeschichte" der Bundesrepublik Deutschland, die mit "Sicherheit" als analytischem Leitbegriff sozial- und wirtschaftsgeschichtliche Ansätze ebenso zu integrieren vermag wie das Potential der Kulturgeschichte und der Geschichte transnationaler Beziehungen, von der in den letzten Jahren viele fruchtbare Ansätze ausgegangen sind.

Eckart Conze

Sicherheit als Kultur

Überlegungen zu einer "modernen Politikgeschichte" der Bundesrepublik Deutschland

Sicherheit als historische Kategorie

1944, zwei Jahre nach seinem Freitod in Brasilien, erschienen im Bermann-Fischer Verlag zu Stockholm die Erinnerungen Stefan Zweigs¹. Es waren, so der Untertitel, "Erinnerungen eines Europäers", Erinnerungen an ein Europa freilich, das es nicht mehr gab, Erinnerungen an ein Europa, das seit 1914 in Krieg, Bürgerkrieg und Diktatur untergegangen war, Erinnerungen an eine "Welt von Gestern". Für Zweig war diese "Welt von Gestern" auch eine "Welt der Sicherheit". Denn in eine "Welt der Sicherheit", wie er das erste Kapitel seines Buches überschrieb, sei er 1881 in Wien hineingeboren worden, in ein "goldenes Zeitalter der Sicherheit". Ein "Gefühl der Sicherheit" sei der "erstrebenswerteste Besitz von Millionen" gewesen, "das gemeinsame Lebensideal", und redlich habe man geglaubt, schon bald würden "Friede und Sicherheit, diese höchsten Güter, der ganzen Menschheit zugeteilt sein". Der Erste Weltkrieg habe diesem "optimistischen Wahn" ein Ende gemacht. In den Jahren seither habe man sich daran gewöhnen müssen, "ohne Boden unter den Füßen zu leben, ohne Recht, ohne Freiheit, ohne Sicherheit". Man habe das Wort ", Sicherheit" [...] als ein Phantom aus dem Vokabular gestrichen"2. In den Erinnerungen Stefan Zweigs können wir,

VfZ 3/2005 © Oldenbourg 2005

VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de



¹ Vgl. Stefan Zweig, Die Welt von Gestern. Erinnerungen eines Europäers [1944], Frankfurt a. M. 1994. Erweiterte und überarbeitete Fassung meiner Antrittsvorlesung an der Philipps-Universität in Marburg vom 23.6. 2004. Anselm Doering-Manteuffel (Tübingen) und Marcus Funck (Marburg), meinem Marburger Oberseminar sowie verschiedenen kleineren Gesprächsrunden und einer ganzen Reihe einzelner Gesprächspartner, mit denen ich diesen Beitrag oder Teile desselben diskutieren konnte, danke ich für wertvolle Kritik, Anregungen und ergänzende Hinweise.

² Ebenda, S. 17-21.

wenn auch in bürgerlicher Perspektive, die Erinnerung einer ganzen Generation erkennen, und aus den von Zweig beschriebenen Verlusterfahrungen können wir einen Schlüssel gewinnen für das Verständnis und die Erklärung individueller und kollektiver Orientierungen und Verhaltensmuster von Menschen im 20. Jahrhundert.

Lassen wir noch einen weiteren Angehörigen der Generation Zweigs zu Wort kommen: den fünf Jahre älteren, 1876 geborenen Konrad Adenauer. In seiner Weihnachtsansprache von 1958 blickte der 82jährige Bundeskanzler im Rundfunk weit zurück, und auch er erinnerte sich "an jene Zeiten vor 1914, in denen noch in Wirklichkeit Friede, Ruhe und Sicherheit auf Erden weilten". Seit 1914 aber seien Sicherheit und Ruhe aus dem Leben der Menschen verschwunden, die Angst sei geblieben. "Ist es nicht traurig, ist es nicht furchtbar zu denken, daß die Mehrzahl der jetzt Lebenden Ruhe, Frieden und Sicherheit, ein Leben frei von Angst, niemals gekannt haben?"

Adenauers Ansprache hat ihren präzisen historischen Ort. Nur wenige Wochen zuvor hatte mit Nikita Chruschtschows Ultimatum die zweite Berlin-Krise begonnen. In der westdeutschen Bevölkerung griffen Kriegsängste um sich. Und doch weisen die Worte des Bundeskanzlers über die konkrete politische Situation der späten fünfziger Jahre hinaus. Sie illustrieren nicht nur Generationserfahrungen und mentale Befindlichkeiten in der frühen Bundesrepublik, sondern in der politischen Rhetorik Adenauers – in seiner Weihnachtsansprache 1958 wie in vielen anderen Äußerungen – begegnen wir mit dem Wort "Sicherheit" auch einem Leitbegriff, ja vielleicht sogar dem Schlüsselbegriff seiner Politik⁴.

Das ist zunächst, für sich genommen, keine besonders kühne oder neue These, und es soll im Folgenden auch nicht darum gehen, Adenauers Sicherheits-Politik einer erneuten Analyse zu unterziehen, um damit einem einzelnen Abschnitt der Geschichte der Bundesrepublik eine spezifische Signatur zuzuweisen⁵. Vielmehr geht es um die Frage, ob man nicht mit dem Begriff "Sicherheit" als Analysekategorie Licht auf die gesamte Geschichte der Bundesrepublik werfen könnte, und zwar über die im allerengsten Sinne politikhistorischen Zäsuren von Regierungs- oder Kanzlerwechseln und erst recht über jene Dekadengrenzen hinweg, die immer wieder den Rahmen zeithistorischer Studien bilden. Es geht um die Frage, ob nicht

⁵ Es ist ja das Problem vieler politikhistorischer Analysen, daß sie ihren Analyserahmen zeitlich an der politischen Ereignisgeschichte orientieren, also insbesondere an Wahlen, Regierungswechseln oder der Amtszeit von wichtigen Politikern. Entwicklungen von politikhistorischer Relevanz, die diese Daten übergreifen, bleiben so oftmals ausgespart. Für die Untersuchung und Darstellung längerfristiger Entwicklungslinien zeichnet dann nicht selten die Sozialgeschichte mit ihren freilich ganz anders gearteten Fragestellungen und Konzeptionen verantwortlich. Das zeithistorische Interesse der Sozialgeschichte ist glücklicherweise mittlerweile erheblich gewachsen wie auch umgekehrt das sozialhistorische Interesse der Zeitgeschichtsforschung zugenommen hat.



³ Rundfunkansprache Konrad Adenauers vom 25. 12. 1958, abgedruckt in: Bulletin des Presseund Informationsamtes der Bundesregierung, Nr. 238, 30. 12. 1958, S. 2375.

⁴ Vgl. hierzu Arnold Sywottek, "Wohlstand" – "Sicherheit" – "Frieden". Beobachtungen zur westdeutschen Entwicklung, in: Thomas Kühne (Hrsg.), Von der Kriegskultur zur Friedenskultur? Zum Mentalitätswandel in Deutschland seit 1945, Münster 2000, S. 243–261, hier S. 252.

"Sicherheit" als analytischer Leitbegriff neue Perspektiven auf die Geschichte der Bundesrepublik insgesamt – und dies durchaus über die Epochenschwelle von 1989/90 hinweg – ermöglichen könnte. Da ist das Sicherheitsstreben der fünfziger Jahre, wie es in Adenauers Ansprache zum Ausdruck kommt. Da ist der Glaube an die Sicherheit von Wachstum und Fortschritt, der die sechziger und die frühen siebziger Jahre prägte. Da sind die siebziger Jahre als Jahrzehnt der "Inneren Sicherheit". Und auch für die achtziger Jahre lassen sich wichtige Entwicklungen in der Bundesrepublik unter dem Paradigma der "Sicherheit" analysieren: nicht zuletzt, um nur ein Beispiel zu nennen, im Blick auf die internationale Sicherheitspolitik und ihre Wirkungen in die deutsche Gesellschaft und Politik hinein – Stichworte: NATO-Nachrüstung und Friedensbewegung.

Die Kategorie "Sicherheit", so sei hier thesenhaft formuliert, besitzt das heuristische wie sachliche Potential für jene "moderne Politikgeschichte", die seit den siebziger Jahren in der deutschen Geschichtswissenschaft immer wieder lautstark gefordert worden ist - nicht zuletzt von den Kritikern einer eher traditionellen, auf Staat und Regierung, auf Staats- und Regierungshandeln und auf Entscheidungen fixierten Politikgeschichte⁶; das Potential für eine Politikgeschichte, die in der Lage ist, die Distanz zwischen "Politik" und "Gesellschaft" zu verringern, wenn nicht zu überwinden, eine Distanz, die dem politischen Prozeß in modernen Gesellschaften analytisch ohnehin nicht gerecht zu werden vermag⁷. Es geht damit freilich auch um eine Politikgeschichte, die - entgegen mancher gesellschaftsgeschichtlicher, mittlerweile allerdings überwundener Radikalauffassung – dem Staat und staatlichem Handeln eine eigene Bedeutung für den historischen Prozeß einräumt, ohne dabei jedoch die Wirkmächtigkeit sozialer oder ökonomischer Strukturen zu unterschlagen; die aber den Staat auch nicht in seinen wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Abhängigkeiten aufgehen läßt und statt dessen auf seinem relativen Eigengewicht und seiner Fähigkeit beharrt, soziale Ver-

VfZ 3/2005



⁶ Vgl. programmatisch Hans-Ulrich Wehler, "Moderne" Politikgeschichte oder "Große Politik der Kabinette"?, in: Geschichte und Gesellschaft 1 (1975), S. 257–266, in der Auseinandersetzung mit Andreas Hillgruber, Politische Geschichte in moderner Sicht, in: Historische Zeitschrift 216 (1978), S. 529–552. Zusammenfassend zu der Debatte der siebziger Jahre vgl. Eckart Conze, "Moderne Politikgeschichte". Aporien einer Kontroverse, in: Guido Müller (Hrsg.), Deutschland und der Westen. Festschrift für Klaus Schwabe zum 65. Geburtstag, Stuttgart 1998, S. 19–30. Nicht sozialhistorisch, sondern in kulturgeschichtlicher Wendung sind die Kritikpunkte der siebziger Jahre jüngst noch einmal aufgegriffen worden von Thomas Mergel, Überlegungen zu einer Kulturgeschichte der Politik, in: Geschichte und Gesellschaft 28 (2002), S. 574–606, oder Achim Landwehr, Diskurs – Macht – Wissen. Perspektiven einer Kulturgeschichte des Politischen, in: Archiv für Kulturgeschichte 85 (2003), S. 71–117.

⁷ Aufgrund der politikgeschichtlichen Perspektive dieses Beitrags bleiben bestimmte Ausformungen von Sicherheitsstreben oder Unsicherheitswahrnehmung unberücksichtigt. Das gilt insbesondere für den gesamten Bereich des Versicherungswesens und der Versicherungswirtschaft, dessen Entwicklung man geradezu als Gradmesser insbesondere auch für individuelle Sicherheits- bzw. Unsicherheitswahrnehmungen betrachten kann. Siehe hierzu beispielsweise die Studien von Peter Borscheid, Mit Sicherheit leben. Die Geschichte der deutschen Lebensversicherungswirtschaft und der Provinzial-Lebensversicherungsanstalt von Westfalen, 2 Bde., Münster 1989 u. 1998, oder ders., Sicherheit in der Risikogesellschaft. Zwei Versicherungen und ihre Geschichte, Stuttgart 1999.

hältnisse durch politisch-rechtliche Vorgaben zu gestalten⁸. Und es geht schließlich um eine Politikgeschichte, die die Grenze zwischen Innen und Außen überwindet, die Grenze zwischen innerstaatlichen und innergesellschaftlichen Entwicklungen einerseits und internationalen und transnationalen Entwicklungen andererseits, eine analytische Grenze, die schon immer erkenntnishemmend war und die nun angesichts fundamentaler Entterritorialisierungsprozesse vollends ad absurdum geführt worden ist⁹.

In diesem Sinne läßt sich "Sicherheit" nicht nur als Ziel von Regierungshandeln und als gesellschaftliche Politikerwartung historischer Analyse zugrunde legen, sondern auch als umfassender sozialkultureller Orientierungshorizont¹⁰. Zu untersuchen ist damit auch ein Sicherheitsdiskurs¹¹. Das gilt beileibe nicht nur für die Bundesrepublik Deutschland, sondern ebenso für alle anderen modernen und hochkomplexen industriellen beziehungsweise postindustriellen Gesellschaften. Meldet sich nicht in der internationalen gesellschaftlichen Wertbesetzung der Vokabel "Sicherheit" ein strukturelles Problem moderner Gesellschaften zu Wort? Ein Problem, so hat es der Soziologe Franz Kaver Kaufmann schon vor 30 Jahren formuliert, "dessen Name "Unsicherheit" freilich ebenso schillernd ist wie die geforderte "Sicherheit"¹². Das verweist auf in je unterschiedlichen politischen und sozialen Kontexten unterschiedliche Sicherheitsbegriffe und Verständnisse von Sicherheit. Es verweist aber auch auf die Veränderbarkeit und den permanenten Wandel und damit die Historizität von "Sicherheit", von Sicherheitsbewußtsein und Sicherheitsverständnis. Das erfordert diachrone Stu-

¹² Franz-Xaver Kaufmann, Sicherheit als soziologisches und sozialpolitisches Problem. Untersuchungen zu einer Wertidee hochdifferenzierter Gesellschaften, Stuttgart ²1973, S. 341.



⁸ Vgl. hierzu die aus eher sozialhistorischer Perspektive entwickelten Überlegungen von Ute Frevert, Neue Politikgeschichte, in: Joachim Eibach/Günther Lottes (Hrsg.), Kompaß der Geschichtswissenschaft, Göttingen 2002, S. 152–164, besonders S. 155. Man sollte den Bedeutungsverlust des National- bzw. Territorialstaates, wie er sich aus dem Aufstieg des Neoliberalismus ergibt, nicht vorschnell als Rückzug des Staates ganz allgemein deuten, wie es zum Beispiel Mergel, Überlegungen, S. 600, tut. Angemessener erscheint es, über den Wandel von Staatlichkeit in den Prozessen der Neoliberalisierung und Globalisierung nachzudenken.

⁹ Vgl. Eckart Conze, Abschied von Staat und Politik? Überlegungen zur Geschichte der internationalen Politik, in: Ders. u.a. (Hrsg.), Geschichte der internationalen Beziehungen. Erneuerung und Erweiterung einer historischen Disziplin, Köln u.a. 2004, S. 15–43, sowie ders., Nationale Vergangenheit und globale Zukunft. Deutsche Geschichtswissenschaft und die Herausforderung der Globalisierung, in: Jörg Baberowski u.a., Geschichte ist immer Gegenwart. Thesen zur Zeitgeschichte, Stuttgart/München 2001, S. 43–65. Zur historiographisch-konzeptionellen Bedeutung der Territorialität, ihres Aufstiegs und Niedergangs vgl. Charles S. Maier, Consigning the Twentieth Century to History. Alternative Narratives for the Modern Era, in: The America Historical Review 105 (2000), S. 807–831.

Leicht dünkelhaft mokierte sich darüber kürzlich mit Blick auf die Deutschen und ihre Sorge um die "Sicherheit ihrer Nahrung" der bekannte Gastronomiekritiker Wolfram Siebeck, Zartbittere Sicherheit, in: Die Zeit, 12. 2. 2004, S. 56.

¹¹ Ein Diskurs sei in diesem Sinne – durchaus im Anschluß an Foucault, wenn auch ganz pragmatisch – verstanden als eine Redeweise, die gesellschaftlich institutionalisiert ist, in öffentlicher Kommunikation entsteht und auf diese Weise handlungsrelevant wird. Vgl. dazu Ute Daniel, Kompendium Kulturgeschichte. Theorien, Praxis, Schlüsselwörter, Frankfurt a.M. 2001, S. 167–178 u. S. 353–359.

dien, die nicht zuletzt Erkenntnisgewinn versprechen über Prozesse sozialen Wandels, der mit historisch-gesellschaftlichen Sicherheitsbedürfnissen und dem damit korrespondierenden Sicherheitsbewußtsein eng verschränkt ist. Es ermöglicht aber auch vergleichende, insbesondere international vergleichende Untersuchungen. "Sicherheit" bleibt also als Analysekategorie in ihrem Nutzen mitnichten auf die Geschichte der Bundesrepublik oder die deutsche Zeitgeschichte beschränkt.

Stärker als in anderen historischen Teildisziplinen verdanken sich die Themen und Fragen der Zeitgeschichte dem Impuls der Gegenwart. Das ist mit Blick auf die Sicherheits-Thematik so evident, daß es kaum ausführlicher Erörterung bedarf. Die Erosion von Sicherheit beziehungsweise – genauer gesagt – von Sicherheiten und die Wahrnehmung dieser Erosion charakterisieren den politischen Diskurs unserer Tage. Das gilt für die sogenannte "neue Welt-Unordnung" seit dem Ende des Ost-West-Konflikts, es gilt, insbesondere seit dem 11. September 2001, für die Bedrohung des internationalen Terrorismus, und es gilt für die Gefährdungen unserer natürlichen Umwelt durch Klimawandel oder die Gefahren von Hochrisikotechnologien. Es gilt aber auch für die vermeintlich oder tatsächlich verstärkte Bedrohung öffentlicher Sicherheit durch Kriminalität, und es gilt nicht zuletzt für den tatsächlichen oder vermeintlichen Verlust von sozialer Sicherheit in den und durch die Reformen des Sozialstaats.

Nicht "Gerechtigkeit" – das stand zwar in der Überschrift –, sondern "Sicherheit" war der Zentralbegriff der Regierungserklärung von Bundeskanzler Gerhard Schröder nach seiner Wiederwahl im Jahr 2002. Seine Regierung verstehe "Sicherheit als ein elementares Bürgerrecht", lautete ein Kernsatz der Erklärung, und Schröder vertrat sodann einen, wie er es nannte, "erweiterten Sicherheitsbegriff": "Dazu gehört die Sicherheit von Leib und Leben vor Krieg und Kriminalität, keine Frage, aber eben auch die materielle, soziale und kulturelle Sicherheit, eben zur Vergewisserung der eigenen Identität, und nicht zuletzt die Sicherheit des Rechts und die Absicherung gegen Krankheit und andere Lebensrisiken. [...] Erst eine Gesellschaft, die in dieser Weise umfassend Sicherheit bereitstellen kann, ist fähig zu guter Nachbarschaft und zu friedlicher Zusammenarbeit nach außen, aber eben auch zu den notwendigen Veränderungsmaßnahmen nach innen."¹³

Zwar haben alle Bundesregierungen seit 1949 "Sicherheit" als ein Ziel ihrer Politik bezeichnet. Keine hat das Wort "Sicherheit" jedoch so oft verwandt und sich zu solch umfassenden Sicherheitsversprechen verstanden wie die Regierung Schröder-Fischer 2002. Wenn Wertschätzungen aus Mangellagen resultieren¹⁴, dann muß also in den letzten Jahren ein Mangel an Sicherheit entstanden sein, muß das Bewußtsein von Sicherheit geschrumpft, das Bewußtsein von Unsicher-

¹⁴ Vgl. Kaufmann, Sicherheit, S. 14.





¹⁸ Regierungserklärung von Bundeskanzler Gerhard Schröder vor dem Deutschen Bundestag am 29. Oktober 2002 in Berlin: "Gerechtigkeit im Zeitalter der Globalisierung schaffen – für eine Partnerschaft in Verantwortung", abgedruckt in: Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung, Nr. 85-1, 29. 10. 2002. Der Begriff "Sicherheit" taucht in dieser Regierungserklärung auch häufiger auf als der Begriff "Gerechtigkeit".

heit gewachsen sein. Das trifft gewiß nicht nur auf die Bundesrepublik zu. Aber gerade hierzulande unterstreicht der Diskurs über Sicherheit und Unsicherheit, daß einmal mehr ein "goldenes Zeitalter der Sicherheit" zu Ende gegangen zu sein scheint; daß jene Sicherheit, die für die Gesellschaft der Bundesrepublik seit den fünfziger Jahren ein zentraler Teil ihres soziokulturellen Wertsystems geworden war und die die soziopolitische Ordnung entscheidend stabilisiert hatte, gerade auch in der Wahrnehmung der Menschen in Auflösung begriffen ist.

Was ist "Sicherheit"? Es ist unabdingbar, zunächst in aller Kürze den Begriff der "Sicherheit" zu klären, um ihn für eine historische Untersuchung überhaupt handhabbar zu machen. Danach muß es um den Zusammenhang von "Sicherheit" und "Politik" gehen, auch um zu demonstrieren, daß sich die Kategorie "Sicherheit" für eine "moderne" politikgeschichtliche Analyse überhaupt eignet. Und schließlich sollen zumindest einige wenige Schlaglichter auf die Geschichte der Bundesrepublik geworfen werden, die den analytischen Wert und das Erkenntnispotential des hier vorgeschlagenen Ansatzes wenigstens andeutungsweise zeigen sollen¹⁵.

Der Sicherheitsbegriff

Als ein Grundbedürfnis des Menschen wird Sicherheit anthropologisch oder psychologisch immer wieder bezeichnet, und Sicherheit rückt damit, gleichsam biologistisch, in die Nähe anderer Grundbedürfnisse wie Nahrung, Schlaf oder Sexualität¹⁶. In historischer oder sozialwissenschaftlicher Perspektive wird man dieses Streben nach Sicherheit spezifizieren und Sicherheit als ein Konzept verstehen müssen, das zunächst die Unversehrtheit von Leib, Leben und Eigentum umfaßt. Man sucht Sicherheit vor einer Bedrohung, vor persönlichen oder kollektiven Gefährdungen. Das verweist - gerade in seiner Allgemeinheit - auf die vielen Dimensionen von Sicherheit: von der sozialen Sicherheit vor Krankheit, vor den Unsicherheiten des Arbeitsmarkts oder des Alters über die Sicherheit vor technischen Risiken - Verkehrssicherheit oder Reaktorsicherheit - bis hin zu den Großbereichen von innerer oder äußerer Sicherheit als Kernelementen staatlicher Sicherheitspolitik. In dieser Multidimensionalität liegt auch der Grund dafür, daß Sicherheit in modernen Gesellschaften nicht nur einen bloßen "Triebwert" darstellt, sondern ein soziokulturelles Wertsystem, ähnlich wie die Wertsysteme "Freiheit" oder "Gerechtigkeit"¹⁷. "Sicherheit" ist also ein Grund- und Wertbegriff der politisch-sozialen Sprache. Die Geschichtswissenschaft hat den Bedeutungswandel von solchen Zentralbegriffen für das 19. Jahrhundert bereits herausgearbeitet; für das 20. Jahrhundert und insbesondere für die Zeit nach



¹⁵ Das kann in diesem Aufsatz nur in recht knappen Andeutungen geschehen. Der Verfasser bereitet jedoch derzeit eine monographische Studie zur Geschichte der Bundesrepublik Deutschland vor, die den Begriff der "Sichetheit" als analytische Leitkategorie erproben wird.

¹⁶ Vgl. beispielsweise Wolfgang Bonß, Die gesellschaftliche Konstruktion von Sicherheit, in: Ekkehart Lippert u.a. (Hrsg.), Sicherheit in der unsicheren Gesellschaft, Opladen 1997, S. 21-41, hier S. 21.

¹⁷ Vgl. Kaufmann, Sicherheit, S. 28.

1945 bestehen hier noch deutliche Lücken¹⁸. Aus Wertbegriffen wie "Sicherheit" oder "Freiheit", die bestimmte Vorstellungen symbolisieren, lassen sich individuelle oder kollektive Handlungsmaximen entwickeln, handlungsleitende Ideen, institutionentheoretisch gesprochen: sogenannte "idées directrices"¹⁹.

Das meint nun gerade nicht, daß "Sicherheit" ein statisches Konzept sei. Im Gegenteil: Auch "Sicherheit" ist ein gesellschaftliches Konstrukt, eine im historischen Prozeß variable Größe. Unterschiedliche Gesellschaften weisen höchst unterschiedliche Sicherheits- und Unsicherheitsvorstellungen auf. Und ebenso wie diese Vorstellungen können sich auch gesellschaftliche Sicherheitsgefühle oder Sicherheitswahrnehmungen permanent verändern. So ist das Konstrukt "Sicherheit" in seinen Ausprägungen abhängig von der jeweiligen Gesellschaftsstruktur und ihrer historischen Beschaffenheit. Das Bewußtsein von Sicherheit ist das Ergebnis, so ist es jüngst formuliert worden, eines subjektiven Verarbeitungsprozesses von sozialer Wirklichkeit; es ist somit eine Deutung von "Realität"²⁰. Das impliziert – für das Individuum wie für das Kollektiv – einen Abgleich von Vorstellungen über den Istund über den Soll-Zustand einer Gesellschaft, und genau daraus erwächst soziales und politisches Handeln, sozialer und politischer Wandel und damit ein genuiner Gegenstandsbereich der Geschichtswissenschaft²¹.

Die Geschichte von Sicherheitsvorstellungen, von Sicherheitsbewußtsein oder von Sicherheitswahrnehmungen ist immer auch die Geschichte von Zukunftsvorstellungen, von Zukunftsbewußtsein oder Zukunftserwartungen. Denn Sicherheit bedeutet die Vorstellung einer Zukunft, in der nicht alles möglich ist, in der nicht alles passieren kann, die Vorstellung einer Zukunft, die vielmehr festgelegt und bestimmt ist. Sicherheit meint in diesem Sinne mit Franz Xaver Kaufmann die "Vernichtung der Zeitlichkeit von Zukunft". Das Streben nach Sicherheit zielt darauf, die Offenheit der Zukunft zu überwinden. Es zielt darauf, jenes Auseinandertreten von "Erfahrungsraum" und "Erwartungshorizont" zu überwinden, das mit Reinhart Koselleck das Neue an der Neuzeit ausmache und das insbeson-



¹⁸ So auch der Befund von Mergel, Überlegungen, S. 598 f. Vgl. aber die Ansätze bei Karin Böke u.a., Politische Leitvokabeln in der Adenauer-Ära, Berlin/New York 1996.

¹⁹ Vgl. Kaufmann, Sicherheit, S. 35.

²⁰ Ekkehart Lippert u.a., Einleitung, in: Dies. (Hrsg.), Sicherheit, S. 7–20, hier S. 14; vgl. auch Bonß, Konstruktion, in: Ebenda, S. 21.

²¹ Mit der Entwicklung individuell-subjektiver Wahrnehmung von Sicherheit setzt sich dieser Beitrag nicht oder allenfalls ganz am Rande auseinander. Auf die Bedeutung dieser Thematik sei aber ganz nachdrücklich verwiesen. Emotionale Sicherheit dürfte sich in diesem Zusammenhang als eine wichtige, wenn auch schwer zu fassende Kategorie erweisen. Zu fragen wäre in solcher Perspektive auch noch viel schärfer, als es dieser Aufsatz tut, nach der sozial- und gruppenspezifischen Ausformung von Sicherheits- bzw. Unsicherheitsverständnissen und deren Veränderung bzw. Beständigkeit. Das zielt nicht zuletzt in die Richtung historischer Werteforschung und könnte damit zum Beispiel anschließen an: Manfred Hettling/Stefan-Ludwig Hoffmann (Hrsg.), Der bürgerliche Wertehimmel. Innenansichten des 19. Jahrhunderts, Göttingen 2000.

²² Kaufmann, Sicherheit, S. 157. Vgl. auch Daniel Frei/Peter Gaupp, Das Konzept "Sicherheit". – Theoretische Aspekte, in: Klaus-Dieter Schwarz (Hrsg.), Sicherheitspolitik. Analysen zur politischen und militärischen Sicherheit, Bad Honnef ³1981, S. 3–16.

VfZ 3/2005

dere seit den grundstürzenden Entwicklungen und Umbrüchen in der Folge der Französischen Revolution die Menschen zutiefst verunsichert habe²³.

Dem menschlichen Wunsch, sich sicher zu fühlen, entsprechen die Versuche, Schutz gegen Unsicherheit aufzubauen und zu gewährleisten. Solche Sicherheit setzt Schutz und Garantien voraus, die auf konkreten Rechtsgrundlagen beruhen und durchsetzbar sein müssen. Wenn auch nicht ausschließlich, so weist diese Abhängigkeit der Sicherheit von einer Schutzgewalt doch deutlich auf den Staat hin. "Pax", "tranquillitas" und "securitas" gehören zu den zentralen Funktionszuweisungen an den aufsteigenden modernen Staat, die Sicherung des status civilis als Garantie bürgerlicher Sicherheit durch das Monopol legitimer Gewaltsamkeit wird in den Schriften eines Hobbes oder Pufendorf zur raison des Staates²⁴. Das ist hier weiter nicht auszuführen, wenngleich die gegenwärtigen Phänomene der Privatisierung von Gewalt und der Entstaatlichung von Sicherheit durchaus von Belang sind für die historische Analyse von Aufstieg und Niedergang des modernen Territorialstaats²⁵.

Eine "Politik der Sicherheit" ergibt sich indes nicht nur aus der klassischen Schutzfunktion des Staates. Das negative Ziel der Gefahrenabwehr verband sich schon relativ früh mit dem positiven Wohlfahrtsideal oder – anders gewendet: verschiedene Ebenen von Sicherheit, Sicherheitsverständnis und damit auch Sicherheitspolitik begannen sich auszudifferenzieren. So heißt es in einem "Handbuch des Teutschen Policeyrechts" von 1799: "Der Hauptzweck des Staats, Sicherheit der ganzen Gesellschaft und jedes einzelnen Gliedes derselben, schließt den untergeordneten Zweck der allgemeinen Wohlfahrt, der Zufriedenheit und Glückseligkeit der Staatsgenossen nicht aus." Nicht die Über- und Unterordnung ist in unserem Zusammenhang indessen das Entscheidende, sondern die Unterscheidung der beiden Ebenen, die hier als "Sicherheitspolicey" einerseits und "Wohlfahrtspolicey" andererseits bezeichnet werden²⁷. Angedeutet



²³ Vgl. Reinhart Koselleck, "Erfahrungsraum" und "Erwartungshorizont" – zwei historische Kategorien, in: Ders., Vergangene Zukunft. Zur Semantik geschichtlicher Zeiten, Frankfurt a. M. 1989, S. 349–375. Hier treten die Bezüge zu Niklas Luhmanns Begriff der "Erwartungssicherheit" als Grundbegriff einer soziologischen Sicherheitsanalyse klar zutage. Erwartungssicherheiten kommen für Luhmann immer dann ins Spiel, wenn es um die Umdefinition von (nicht handhabbarer) Kontingenz in (handhabbare) Komplexität geht. Vgl. hierzu auch Bonß, Konstruktion, in: Lippert u. a. (Hrsg.), Sicherheit, S. 24.

²⁴ Siehe hierzu im begriffsgeschichtlichen Überblick Werner Conze, Art. Sicherheit, Schutz, in: Geschichtliche Grundbegriffe. Historisches Lexikon zur politisch-sozialen Sprache in Deutschland, Bd. 5, Stuttgart 1984, S. 831–862, hier vor allem S. 837–843; vgl. aber auch Wolfgang Reinhard, Geschichte der Staatsgewalt. Eine vergleichende Verfassungsgeschichte Europas von den Anfängen bis zur Gegenwart, München 1999, insbesondere S. 113–122.

²⁵ Siehe hierzu u. a. Herfried Münkler, Die neuen Kriege, Reinbek 2002, S. 33–43, Mary Kaldor, Neue und alte Kriege. Organisierte Gewalt im Zeitalter der Globalisierung, Frankfurt a. M. 2000, S. 146–154, oder den politischen Traktat von Erhard Eppler, Vom Gewaltmonopol zum Gewaltmarkt? Die Privatisierung und Kommerzialisierung der Gewalt, Frankfurt a. M. 2002.

²⁶ Günther Heinrich v. Berg, Handbuch des Teutschen Policeyrechts [1799], Hannover 1802; zit. nach W. Conze, Sicherheit, S. 853.

²⁷ Ebenda.

ist hier die Entwicklung, in deren Verlauf Sicherheit zu einem gesellschaftlichen Wertsymbol werden konnte, das heute viel mehr verspricht als bloßen Schutz, nämlich Gewißheit, Verläßlichkeit, Ruhe und Geborgenheit²⁸.

Es ware noch eingehend zu untersuchen, in welchem Maße seit dem 19. Jahrhundert die Legitimität politischer Ordnungen von ihrer tatsächlichen oder vermeintlichen Sicherheitsleistung abhängig war. Es ware zu untersuchen, in welchem Wechselverhältnis die staatliche Sicherheitsleistung zu anderen Ouellen politischer Legitimität wie Freiheitsgewähr oder Gleichheitsstiftung stand und wie sich dieses Wechselverhältnis im historischen Prozeß ausdifferenzierte beziehungsweise veränderte. Das verweist nicht zuletzt - ganz allgemein - auf das Spannungsverhältnis von Freiheit und Sicherheit, auf die Tendenz zur Einengung von Freiheit um der Sicherheit willen, und darauf, daß die Werte "Freiheit" und "Sicherheit" offensichtlich nicht gleichermaßen zu maximieren sind²⁹. Um das zu studieren, könnten wir unseren Blick richten auf die politischen Debatten und Entscheidungen über die sicherheitsbegründeten Einschränkungen von Freiheitsrechten in den USA seit dem 11. September und auf die Aufgaben und Aktivitäten des neu geschaffenen Ministeriums für Heimatschutz, für "Homeland Security". Doch auch in der deutschen Geschichte, nicht zuletzt in der bundesrepublikanischen, gibt es genügend Hinweise auf die politische und gesellschaftliche Relevanz und Brisanz dieses Spannungsverhältnisses³⁰.

Rückkehr in die Sicherheit

Mit Blick auf die Bundesrepublik läßt sich die Spannung zwischen "Freiheit" und "Sicherheit" nicht nur auf die Politik der sogenannten "Inneren Sicherheit", insbesondere seit den siebziger Jahren, beziehen, sondern auch auf breitere soziopolitische Entwicklungen seit der Gründung des westdeutschen Staates. So ist der angeblich "restaurative" Charakter der Ära Adenauer zeitgenössisch bekanntermaßen immer wieder scharf kritisiert worden, und nicht wenige Historiker haben sich dieser Kritik angeschlossen. Zwar konnte kaum einer der Kritiker genau sagen, was da eigentlich restauriert worden sei, und heute wertet die Forschung einhellig die fünfziger Jahre als Periode rasanter Modernisierung - wenn auch als Modernisierung im Wiederaufbau³¹. Dennoch hatte die Kritik insofern ihren

³¹ Vgl. Axel Schildt/Arnold Sywottek (Hrsg.), Modernisierung im Wiederaufbau. Die westdeutsche Gesellschaft der 50er Jahre, Bonn 1993; vgl. auch Thomas Schlemmer/Hans Woller (Hrsg.), Bayern im Bund, Bd. 2: Gesellschaft im Wandel 1949 bis 1973, München 2002, und Hans-Peter Schwarz, Die Ära Adenauer. Gründerjahre der Republik 1949-1957, Stuttgart/Wiesbaden 1981, S. 375-464, der die fünfziger Jahre schon früh als eine "Periode aufregender





²⁸ Vgl. Kaufmann, Sicherheit, S. 1.

²⁹ Vgl. Lippert u. a., Einleitung, in: Dies. (Hrsg.), Sicherheit, S. 13. Vgl. hierzu auch die über 60 Jahre alte, klassische Studie, nach dem 11.9. 2001 wieder neu zu lesen, des amerikanischen Soziologen Harold D. Lasswell, The Garrison State, in: American Journal of Sociology 46 (1941), S. 455-468.

³⁰ Vgl. dazu die gegenwartsnahen, kurz nach dem 11.9. 2001 vorgetragenen Überlegungen von Winfried Hassemer, Zum Spannungsverhältnis von Freiheit und Sicherheit. Drei Thesen, in: Vorgänge 41 (2002), H. 3, S. 10-15.

366 Aufsätze

berechtigten Kern, als sie nämlich darauf verwies, daß beispielsweise die politischinstitutionelle Demokratisierung, so wie sie sich im Grundgesetz und den Länderverfassungen sowie in der reibungslosen Arbeit der Verfassungsorgane des Bundes und der Länder äußerte, keineswegs gleichbedeutend war mit einer womöglich punktgenau am 23. Mai 1949 durchgesetzten gesellschaftlichen Liberalisierung, der Entwicklung von westlichem Freiheitsverständnis und zivilgesellschaftlichem Verhalten. Es dauerte mindestens ein Jahrzehnt, bis sich auch in der Gesellschaft der Bundesrepublik jene Verwestlichung³² bemerkbar zu machen begann, die institutionell im Grundgesetz und außenpolitisch in der Westintegration seit den frühen fünfziger Jahren ihren Ausdruck gefunden hatte. Entgegen einer erst in den letzten Jahren relativierten Sichtweise war eben nicht erst "1968" der Beginn gesellschaftlicher Liberalisierung in der Bundesrepublik. APO und Studentenbewegung waren vielmehr nur eine Ausprägung neuer soziopolitischer und soziokultureller Orientierungen, die sich schon seit Anfang der sechziger Jahre gesellschaftlich durchzusetzen begonnen hatten³³.

Das Verharren weiter Teile der westdeutschen Gesellschaft in den politischen, sozialen und kulturellen Orientierungsmustern der Vorkriegszeit läßt sich generationell erklären. Fest verankerte und tief internalisierte mentalitäre Dispositionen verändern sich - wenn überhaupt - nicht von heute auf morgen. Doch über den Generationenansatz hinaus, der mittlerweile zum geschichtswissenschaftlichen Passepartout geworden ist, liefert uns, wenn auch in Verbindung mit generationsbezogenen Deutungen, ein klar identifizierbares breites soziales Streben nach Sicherheit einen weiteren Erklärungsansatz für das nur langsame Voranschreiten gesellschaftlicher Liberalisierung und Politisierung in den fünfziger Jahren.

Erklären läßt sich dieses Sicherheitsstreben, verstanden als ein Bedürfnis nach kompensierender Stabilität, mit der außerordentlichen Veränderungsdynamik in allen Lebensbereichen seit der letzten Kriegsphase⁸⁴. Und diese Veränderungsdynamik endete ja nicht mit der Gründung der Bundesrepublik, sondern setzte sich als "Periode aufregender Modernisierung" (Hans-Peter Schwarz) weit in die fünfziger Jahre hinein fort. Angesichts dieser Dynamik und angesichts des enor-

³⁴ Vgl. ebenda, S. 38; vgl. dazu schon früh Hans Braun, Das Streben nach "Sicherheit" in den 50er Jahren. Soziale und politische Ursachen und Erscheinungsweisen, in: Archiv für Sozialgeschichte 18 (1978), S. 279-306.



Modernisierung" bezeichnete, was in weiten Teilen der deutschen Zeitgeschichtsforschung zunächst scharf kritisiert wurde. Vgl. zum Beispiel Christoph Kleßmann, Ein stolzes Schiff und krächzende Möwen. Die Geschichte der Bundesrepublik und ihre Kritiker, in: Geschichte und Gesellschaft 11 (1985), S. 476-494.

⁹² Zu Begriff und Konzept der Verwestlichung/Westernisierung vgl. Anselm Doering-Manteuffel, Wie westlich sind die Deutschen? Amerikanisierung und Westernisierung im 20. Jahrhundert, Göttingen 1999.

⁹³ Vgl. Anselm Doering-Manteuffel, Westernisierung, Politisch-ideeller Wandel und gesellschaftlicher Wandel in der Bundesrepublik bis zum Ende der 60er Jahre, in: Axel Schildt u.a. (Hrsg.), Dynamische Zeiten. Die 60er Jahre in beiden deutschen Gesellschaften, Hamburg 2000, S. 311-341, sowie Ulrich Herbert, Liberalisierung als Lemprozeß. Die Bundesrepublik in der deutschen Geschichte - eine Skizze, in: Ders. (Hrsg.), Wandlungsprozesse in Westdeutschland. Belastung, Integration, Liberalisierung 1945-1980, Göttingen 2002, S. 7-49.

men Tempos des Wandels erhöhte sich das Bedürfnis der Menschen, gerade in ihrer individuellen Existenz, in ihrem unmittelbaren, persönlichen Umfeld wieder festen, wieder sicheren Boden unter den Füßen zu gewinnen. So meinte Wiederaufbau für die überwältigende Mehrheit der Westdeutschen, "sich wieder häuslich einzurichten nach der Katastrophe, durch Fleiß und Sparsamkeit eine gesicherte bürgerliche Existenz zu erreichen und dafür alle Chancen zu nutzen, die durch die ständige wirtschaftliche Verbesserung geboten wurden"35. Der sozialkulturelle Orientierungshorizont war für die meisten dabei jedoch nicht eine zwar bessere, aber letztlich doch unbekannte Zukunft. Orientierungshorizont war vielmehr die verlorene Normalität der Vergangenheit, jener guten, alten Zeit, die die Mehrzahl der Bundesbürger in den sogenannten "Friedensjahren" des Nationalsozialismus und, mehr noch, in den letzten Jahren vor 1914 erblickte.

Auf die Allensbach-Frage "Wann in diesem Jahrhundert ist es nach Ihrem Gefühl Deutschland am besten gegangen?" verwiesen 1951 45 Prozent der Befragten auf das Kaiserreich, 40 Prozent auf die Jahre 1933 bis 193936. Was Konrad Adenauer also in seiner eingangs zitierten Weihnachtsansprache beschwor, entsprach ganz exakt dem Denken und Fühlen der Deutschen, wie Adenauer im übrigen auch als Typ das Sicherheits- und Normalitätsideal der Westdeutschen giaubwürdig verkörperte. Auch der gesellschaftliche Patriarchalismus der Ara Adenauer, dem der autoritative Regierungsstil des ersten Bundeskanzlers ebenso gut entsprach wie das bundespräsidiale Amtsverständnis von "Papa Heuss" oder der väterliche Umgang von Sepp Herberger mit seinen "Helden von Bern", gehört in diesen Kontext.

Materiell erzeugte die "Wirtschaftswundergesellschaft" spätestens seit Mitte der fünfziger Jahre die ersehnte "Normalität". Aber Normalisierung bezog sich nicht nur auf materielle Sicherheit, nicht nur auf Wohlstand und Konsummöglichkeiten. Der materielle Wohlstand schuf Sekurität. Und so wie die ökonomischen Krisen nach 1918 insbesondere die deutschen Mittelschichten - das Bürgertum verunsichert, ihr Selbstbewußtsein und ihre Zukunftsgewißheit erschüttert und damit auch die Legitimität der Weimarer Republik ausgehöhlt hatten, so gewann jetzt die junge Bundesrepublik Legitimität und Stabilität. Dies war freilich nicht nur eine deutsche Entwicklung. Vergleichbare Phänomene sozialkultureller Rückwärtswendung können wir in ganz Westeuropa identifizieren. Ihre Ursache liegt ganz allgemein - in der politischen, sozialen und kulturellen Desorientierung der Kriegs- und Nachkriegsjahre. Im deutsche Falle allerdings wurde dieser Prozeß - paradoxerweise - verstärkt durch die Dynamik der wirtschaftlichen Entwicklung und durch das kollektive Bemühen, neu anzufangen: neu anzufangen, den Blick dabei aber eben viel eher nach hinten als wirklich nach vorne gewandt³⁷.

³⁷ Vgl. hierzu auch Eckart Conze, Eine bürgerliche Republik? Bürgertum und Bürgerlichkeit in der westdeutschen Nachkriegsgesellschaft, in: Geschichte und Gesellschaft 30 (2004), S. 527-542.





³⁵ Axel Schildt, Ankunft im Westen. Ein Essay zur Erfolgsgeschichte der Bundesrepublik, Frankfurt a. M. 1999, S. 61.

³⁵ Jahrbuch der öffentlichen Meinung 1947-1955, hrsg. von Elisabeth Noelle und Peter Neumann, Allensbach 1956, S. 125 f.

■ 368 Aufsätze

Begleitet wurden all diese sozialkulturellen Entwicklungen durch eine "Politik der Sicherheit", die die Prozesse der Normalisierung gleichzeitig fundierte und überwölbte. Die beiden wesentlichen Säulen dieser Politik waren die außen- und bündnispolitische Westintegration einschließlich der westdeutschen Remilitarisierung einerseits und der Auf- und Ausbau der Systeme sozialer Sicherung andererseits. Beide zielten auf den Abbau der großen, auch gesellschaftlich wahrgenommenen Unsicherheitspotentiale der Nachkriegszeit und damit auf die Sicherung, die Absicherung von sich allmählich einstellender Normalität. Es mag eine zeitliche Koinzidenz sein: 1955, im gleichen Jahr, in dem die Bundesrepublik in die NATO aufgenommen wurde, erreichten Wirtschaft und Lebensstandard in Westdeutschland wieder Vorkriegsniveau³⁸. War das nicht die "Rückkehr in die Sicherheit"?

Zu den größten Ängsten und Sorgen der Westdeutschen gehörte bis weit in die fünfziger Jahre hinein – und dann noch einmal aufflackernd in den Wochen des Mauerbaus und den Tagen der Kuba-Krise – die Kriegsangst³⁹. Daraus resultierte nun nicht unbedingt eine überwältigende Zustimmung zu Adenauers Politik der politischen und militärischen Westintegration einschließlich der Aufstellung der Bundeswehr. Diese Zustimmung ergab sich erst später, als sichtbar wurde, daß die Westintegration – einschließlich der durch sie zementierten deutschen Teilung – ein wichtiger Stabilitätsfaktor geworden war, daß die Westintegration mit dafür sorgte, die Rahmenbedingungen des "Wirtschaftswunders" zu verstetigen.

Kriegsangst verband sich mit der Angst vor dem "Iwan", tief sitzend in der kollektiven Erfahrung und von zentraler Bedeutung für den bundesrepublikanischen Antikommunismus der fünfziger und sechziger Jahre, den wir nicht zuletzt auch als eine Politisierung von Ängsten und Unsicherheitsempfindungen interpretieren können⁴⁰. Eine "Zeitgeschichte der Angst vor dem "Russen" wäre noch zu schrei-

⁴⁰ Zur Angst vor dem "Iwan" siehe Schildt, Ankunft, S. 89 f. Vgl. aber auch die literarische Behandlung des Themas u.a. bei Max Frisch, Homo faber [1957], Frankfurt a. M. 1977, S. 8-10. Die Politisierung bzw. die politische Instrumentalisierung von Kriegsangst und Kommunismusfurcht läßt sich freilich nicht nur in der Bundesrepublik der Ära Adenauer beobachten, sondern beispielsweise auch in der amerikanischen Gesellschaft der fünfziger Jahre, und zwar nicht nur in der Phase des McCarthyismus. Politikhistorisch ist hier auf die Entstehung und den Ausbau des "National Security State" zu verweisen. Sozial- und kulturhistorisch wäre zum Beispiel hinzuweisen auf den Zusammenhang von Suburbanisierungsprozessen und nuklearen Bedrohungsszenarien. Auch auf geschlechterspezifische Ausprägungen von Sicherheitsbedürfnissen bzw. Unsicherheitswahrnehmungen hat die amerikanische Forschung hingewiesen. Vgl. Michael J. Hogan, A Cross of Iron. Harry S. Truman and the Origins of the National Security State 1945-1954, Cambridge 1998; Melvyn P. Leffler, A Preponderance of Power. National Security, the Truman Administration, and the Cold War, Stanford 1992; ders., The Specter of Communism. The United States and the Origins of the Cold War 1917-1953, New York 1994; H. W. Brands, The Devil We Knew. Americans and the Cold War, New York 1993 (besonders Kap. 2: The National Insecurity State 1950-1955); Laura A. Belmonte, A Family Affair? Gender, the U.S. Information Agency, and Cold War Ideology, 1945-1960, in: Jessica Gienow-Hecht/Frank Schumacher (Hrsg.), Culture and International History, New York/Oxford 2003, S. 79-93.



Jahrgang 53 (2005), Heft 3 Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2005_3.pdf VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

³⁸ Vgl. Sywottek, Wohlstand, in: Kühne (Hrsg.), Kriegskultur, S. 245.

³⁹ Vgl. beispielsweise die Umfrageergebnisse in: Jahrbuch der öffentlichen Meinung 1947–1955, S. 352–354.

ben⁴¹. Und war es nicht weniger eine freie als vielmehr eine sichere politische und soziale Ordnung, die Schutz bieten konnte vor dem im "Iwan" personifizierten Kommunismus? Die politische Sprache der Zeit bestätigt das durchaus. Das bezieht sich nicht nur auf die außen- und allianzpolitische Formel der "Politik der Stärke", die freilich stets die Stärke des Wohlstands und der Wirtschaft einschloß. Sondern es bezieht sich auch auf jene politisch-ideologische Sprache, in der Metaphern wie "Bollwerk", "Schutzwall" oder "Deichbau" geradezu inflationär verwandt wurden⁴². Noch 1957 sprach Hermann Aubin, ein führender deutscher Historiker, von Deutschland als der "Schildwache des Abendlands" gegen den "slawischen Osten", eine Rolle, die die Deutschen schon seit 1000 Jahren ausgeübt hätten⁴⁸.

Nicht zuletzt im konservativ-katholischen Gedankengebäude der sogenannten "Abendländischen Bewegung" der fünfziger Jahre war diese Metaphorik nicht nur antikommunistisch, sondern antimodern. Vertretern des "abendländischen Gedankens" wie auch anderen Konservativen ging es um eine "Eindämmung" der modernen Zivilisation, wie sie es formulierten, um eine "Eindeichung" von Liberalismus, Säkularismus und Materialismus. Es ging um Sicherheit vor der Moderne, ja, um Sicherheit gegen die Moderne. Man mag solche Denkströmungen für randständig halten, und es ist ja auch richtig, daß ihre große Zeit schon in der zweiten Hälfte der fünfziger Jahre vorbei war⁴⁴. Dennoch reflektieren auch sie politische und kulturelle Verunsicherungen und das Bestreben, Sicherheiten zu gewinnen. So zählt auch das "abendländische Denken" zu jenen kulturellen und politischen Reorientierungsversuchen, die gerade deshalb zumindest eine Zeit lang weithin angenommen wurden, weil sie nach den Jahrzehnten der – auch persönlichen – Katastrophen und Wirren einen festen Halt und klare Orientierung versprachen⁴⁵.

Die Angebote kultureller Reorientierung verloren in der zweiten Hälfte der fünfziger Jahre auch in dem Maße an Attraktivität, in dem große Gruppen der westdeutschen Bevölkerung feststellen konnten, daß ihre Situation sich in den letzten Jahren entscheidend gebessert hatte. Dies freilich machte sie anfällig für das Argument, dieser Aufstieg könne gefährdet werden, das zum zentralen Wahlkampfthema im Jahre 1957 wurde. Der höchst erfolgreiche Slogan "Keine Experimente" oder auch die Parole "Sicher ist sicher" instrumentalisierten geschickt die

⁴¹ Dafür plädiert auch Schildt, Ankunft, S. 100.

⁴² Vgl. ebenda, S. 97, sowie Herbert, Liberalisierung, in: Ders. (Hrsg.), Wandlungsprozesse,

⁴⁸ Ebenda, S. 21. Zu Hermann Aubin siehe jetzt die umfassende, weit in die Nachkriegszeit hineinreichende Studie von Eduard Mühle, Für Volk und deutschen Osten. Der Historiker Hermann Aubin und die deutsche Ostforschung im Zeitalter der Extreme, Habil.schrift, Marburg 2003 (Buchfassung in Vorbereitung).

⁴⁴ Zu Aufstieg und Niedergang der "Abendländischen Bewegung" nach 1945 siehe Axel Schildt, Zwischen Abendland und Amerika. Studien zur westdeutschen Ideenlandschaft der 50er Jahre, München 1999, sowie neuerdings Vanessa Conze, Das Europa der Deutschen. Europaideen in Deutschland zwischen Reichstradition und Westorientierung (1920–1970), München 2005.

⁴⁵ Vgl. Herbert, Liberalisierung, in: Ders. (Hrsg.), Wandlungsprozesse, S. 28.

■ 370 Aufsätze

Sorge vor neuer Unsicherheit und trugen so dazu bei, daß die Rolle von "Sicherheit" als gesellschaftlicher Wertidee noch weiter gesteigert wurde. Politische Gegner waren nun schon dadurch zu denunzieren, daß man ihnen vorwarf, sie setzten leichtfertig "Sicherheit" auf das Spiel, und sei es nur, indem sie für eine Veränderung des außen- und innenpolitischen Status quo eintraten. Nicht ideengeschichtlich, aber doch politisch begann für die SPD hier der Weg nach Godesberg⁴⁶.

Gesicherte Zukunft

Die Große Koalition der Jahre 1966 bis 1969 war auch eine "Große Koalition der Sicherheit". Das hatte sich schon im Bundestagswahlkampf 1965 abgezeichnet, in dem die beiden großen Volksparteien einmal mehr mit dem Versprechen von Sicherheit um die Wählergunst warben. Auf den Plakaten der CDU prangte der Slogan "Unsere Sicherheit". Nicht minder aussagekräftig hieß es auf den Plakaten der SPD: "Sicherheit JA". Das unterstreicht den weiteren Aufstieg von "Sicherheit" als gesellschaftlichem Wertsymbol, und es markiert den Beginn einer politischen und programmatischen Nivellierung und Entdifferenzierung des Problems der Sicherheit. Wir können wohl seit den sechziger Jahren in wesentlichen Bereichen von Sicherheitspolitik – in der "Sozialen Sicherheit", in der sogenannten "Inneren Sicherheit", am wenigsten noch auf dem Feld der militärischen Sicherheit – von einer stillschweigenden Großen Koalition aus CDU/CSU und SPD sprechen.

Gerade am Beispiel der "Inneren Sicherheit", ein Begriff übrigens, der erst seit den späten sechziger Jahren in der politischen Sprache aufzutauchen begann, als Stichwort im Register der Bundestagsprotokolle erstmals 1973⁴⁷, läßt sich zeigen, wie alle Unterschiede und Auseinandersetzungen letztendlich relativ schnell in Verfassungs- oder Gesetzeskompromisse mündeten: von den Notstandsgesetzen der sechziger bis zu den Asylrechtsänderungen der neunziger Jahre. Das Dilemma, aber auch die politische Bedeutung der FDP, später auch der "Grünen", sei vor diesem Hintergrund nur angedeutet.

Die Unsicherheitspotentiale, welche die fünfziger Jahre charakterisierten, hatten sich Mitte der sechziger Jahre weitgehend abgebaut. Der Ost-West-Konflikt war nach den Krisen um Berlin und Kuba in eine Phase der Entspannung, eine Phase der kooperativen Konfliktaustragung übergegangen, getragen von dem politischen Interesse der beiden Supermächte, nicht zuletzt durch das nukleare "Gleichgewicht des Schreckens" die Strukturen des Systemkonflikts zu stabilisie-

⁴⁷ Vgl. Hans-Peter Bull, Politik der "inneren Sicherheit" vor einem mißtrauisch gewordenen Publikum, in: Leviathan 12 (1984), S. 155–175, hier S. 158; Albrecht Funk, "Innere Sicherheit". Symbolische Politik und exekutive Praxis, in: Bernhard Blanke/Hellmut Wollmann (Hrsg.), Die alte Bundesrepublik. Kontinuität und Wandel, Opladen 1991, S. 367–385; Hans-Gerd Jaschke, Streitbare Demokratie und innere Sicherheit. Grundlagen, Praxis und Kritik, Opladen 1991, S. 75.



⁴⁶ Eine umfassende, ideenhistorisch orientierte Analyse des Wegs der SPD nach Godesberg bietet jetzt Julia Angster, Konsenskapitalismus und Sozialdemokratie. Die Westernisierung von SPD und DGB, München 2003.

ren und damit für beide Seiten die Sicherheit zu erhöhen⁴⁸. Weder der Krieg in Vietnam noch der sowjetische Einmarsch in der Tschechoslowakei konnten den ost-westlichen Entspannungskurs ernsthaft gefährden. Der internationalen und außenpolitischen Stabilität entsprach die innenpolitische und gesellschaftliche, die auch durch "1968" nicht ernsthaft erschüttert wurde. Die Gesellschaftskritik der Achtundsechziger blieb weitgehend auf Studenten und Intellektuelle begrenzt; insbesondere der Schulterschluß mit Arbeitern und Gewerkschaften gelang in der Bundesrepublik bekanntermaßen nicht. Die Rezession von 1966, ein kurzfristiger Rückgang der Wachstumsraten, war rasch überwunden. Der "Traum immerwährender Prosperität"⁴⁹, vom dauernden "Wohlstand für alle", konnte weiter geträumt werden. Die Systeme der sozialen Sicherung, mit der Rentenreform von 1957 und der Einführung der Sozialhilfe 1961 entscheidend ausgebaut, funktionierten, und so kann es kaum überraschen, daß selbst am Ende des unruhigen Jahres 1968 65 Prozent der Westdeutschen dem neuen Jahr mit Zuversicht entgegenblickten⁵⁰.

Die Vorstellung einer "gesicherten Zukunft" vereinte die Bundesbürger, sie vereinte auch die Parteien, deren Programme diesen Fortschrittsoptimismus als Fortschrittsgewißheit genauso widerspiegelten wie die Regierungserklärungen und politischen Maßnahmen der Regierungen von Bund und Ländern. Stärker als je zuvor wurde Sicherheit in der westdeutschen Gesellschaft und Politik zur "Zukunfts-Sicherheit". Das verband sich mit der wissenschaftlich genährten Überzeugung, alle wesentlichen politischen und gesellschaftlichen Prozesse seien voraussehbar, planbar und damit letzten Endes auch steuerbar. Planung und Steuerung wurden zu Leitvokabeln des Jahrzehnts zwischen der Mitte der sechziger und der Mitte der siebziger Jahre⁵¹. Zukunftsforschung - naturwissenschaftlichtechnisch oder auch sozialwissenschaftlich - avancierte zu einem ernst genommenen Wissenschaftszweig. Ein erfolgreicher Industriemanager klagte öffentlich und mit großem Echo darüber, daß die deutschen Universitäten über etliche Hundertschaften von Historikern verfügten, die sich mit der Vergangenheit beschäftigten, aber nicht über einen einzigen Lehrstuhl für Futurologie⁵².

VfZ 3/2005



⁴⁸ Zu den verschiedenen Phasen des Ost-West-Konflikts noch immer: Werner Link, Der Ost-West-Konflikt. Die Organisation der internationalen Beziehungen im 20. Jahrhundert, Stuttgart

⁴⁹ Vgl. Burkart Lutz, Der kurze Traum immerwährender Prosperität. Eine Neuinterpretation der industriellkapitalistischen Entwicklung im Europa des 20. Jahrhunderts, Frankfurt a.M./ New York 1984.

⁵⁹ Jahrbuch der öffentlichen Meinung 1968-1973, hrsg. von Elisabeth Noelle und Peter Neumann, Allensbach 1974, S. 602. Vgl. auch Gabriele Metzler, Am Ende aller Krisen? Politisches Denken und Handeln in der Bundesrepublik der sechziger Jahre, in: Historische Zeitschrift 275 (2002), S. 57-103, hier S. 74 f.

⁵¹ Dazu jetzt umfassend Gabriele Metzler, Konzeptionen politischen Handelns von Adenauer bis Brandt. Politische Planung in der pluralistischen Gesellschaft, Paderborn u.a. 2005.

⁵² Nach Jürgen Kocka, Geschichte – wozu? [1975/1989], in: Wolfgang Hardtwig, Über das Studium der Geschichte, München 1990, S. 427-443, hier S. 428 f. Vgl. auch Metzler, Konzeptionen, insbesondere S. 141-149, sowie Alexander Schmidt-Gernig, Forecasting the Future. Future Studies as International Networks of Social Analysis in the 1960s and 1970s in Western Europe

372 Aufsätze

Sicherheit meinte nun nicht mehr bloße Normalität und Stabilität; Sicherheit meinte jetzt die Gewißheit, daß diese Stabilität mit ihren Profiten und Renditen auf Dauer zu stellen sei. Für den Blick insbesondere auf die Politik der sozialliberalen Koalition Brandt-Scheel, wie sie der neue Bundeskanzler programmatisch in seiner Regierungserklärung vom Oktober 1969 entfaltete, erklärt das zweierlei, und nicht von ungefähr stand diese Regierungserklärung unter der Überschrift "Kontinuität und Erneuerung"53. Zum einen begründete und rechtfertigte die vermeintliche Sicherheit von Wirtschaftswachstum und Prosperität, die "Stabilität ohne Stagnation", wie es Brandt nannte, einen erheblichen Ausbau des Sozialstaats, den Ausbau des Sozialstaats zum "sozialen Rechtsstaat". Die Liste der entsprechenden Programme, Maßnahmen und Gesetze ist zu lang, um sie hier vorstellen zu können. Sie erfaßte so gut wie alle Gebiete des modernen Sozial- und "Daseinsvorsorge"-Staats, von der Krankenversicherung über die Unterstützung von Familien bis hin zur Erhöhung der Kriegsopferrenten. Zum anderen aber schuf die erreichte und als sicher erachtete soziopolitische wie sozioökonomische Stabilität auch Potentiale für gesellschaftlichen und politischen Wandel, wie er sich insbesondere in der einprägsamen Formel des "Mehr Demokratie wagen" niederschlug. Dabei ist die Dialektik der Argumentation bemerkenswert, und das vor allem deshalb, weil sie letztlich die Umkehrung der sicherheitsbezogenen Zielvorstellungen der fünfziger Jahre bedeutet. Dauerhafte Sicherheit, so betonte Brandt nämlich, könne es in einer entwickelten Gesellschaft nur durch Veränderung geben⁵⁴. Gesellschaftlich verweist das auch darauf, daß die auf Stabilisierung der Lebensumstände, auf sozialen Aufstieg oder Wiederaufstieg gerichteten Formen des Sicherheitsstrebens in dem Maße an Bedeutung verloren hatten, in dem eine Generation herangewachsen war, für die die Unsicherheitspotentiale der frühen Nachkriegsjahre keine selbst erfahrene Realität mehr darstellten. Freilich war eine grundlegende Zukunftsgewißheit die Voraussetzung all dieser Rufe nach Experimentierbereitschaft und mehr Reformfreudigkeit. Das Wagnis, das der Kanzler forderte, war in diesem Sinne ein Wagnis ohne Risiko. Das Wahlprogramm der SPD von 1972 brachte das auf den Punkt: "Lebensqualität ist mehr als höherer Lebensstandard, Lebensqualität setzt Freiheit voraus, auch Freiheit von Angst. Sie ist Sicherheit durch menschliche Solidarität, die Chance zur Selbstbestimmung und Selbstverwirklichung, zu Mitbestimmung und Mitverantwortung."55

Anders als erwartet, war die "Geborgenheit im gesicherten Fortschritt", die Willy Brandt in seiner Ansprache zum Jahreswechsel 1970/71 seinen "lieben Mitbürgerinnen und Mitbürgern" gewünscht hatte⁵⁶, nicht von langer Dauer. Es ist bekannt,

⁵⁶ Ansprache des Bundeskanzlers zum Jahreswechsel 1970/71, in: Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung 1971, Nr. I, S. 2. Vgl. auch Gabriele Metzler, "Gebor-



and the United States, in: Gienow-Hecht/Schumacher (Hrsg.), Culture and International History, S. 157-172.

⁵⁸ Regierungserklärung des Bundeskanzlers am 28. 10. 1969, in: Verhandlungen des Deutschen Bundestages, 6. Wahlperiode, Stenographische Berichte, Bd. 71, S. 20–34 (dort auch die folgenden Zitate).

⁵⁴ Ebenda, S. 23.

⁵⁵ Zit. nach Schildt, Ankunft, S. 40.

wie die Ölpreiskrise, wie der Ölpreisschock von 1973 den Fortschrittsoptimismus der späten sechziger und frühen siebziger Jahre wie eine Seifenblase zerplatzen ließ⁵⁷. Die Zeiten ungebrochenen Wachstums, darüber war man sich schnell einig, waren vorbei. Für viele Menschen schien sich Mitte der siebziger Jahre die Zukunft wieder zu verdüstern. Hohe Inflationsraten und rückläufige Wachstumsindikatoren - Stagflation - beunruhigten die Bevölkerung, deren ältere Mitglieder sofort an die Weimarer Republik zu denken begannen. Neue – alte – Ångste und Sorgen waren mit einem Mal wieder da. Der in Umfragen reflektierte Zukunftsoptimismus der frühen siebziger Jahre wurde nie wieder erreicht, auch wenn staatliche Investitionen und Subventionen, Beschäftigungsprogramme und andere sozialpolitische Maßnahmen keynesianischer Prägung die Wohlstandsorientierung der Bevölkerung andauern ließen. Und dies trotz aller Hinweise auf die "Grenzen des Wachstums" und trotz der Tatsache, daß der Abschwung des weltwirtschaftlichen Zyklus' einer zunehmenden Zahl von Arbeitsuchenden keine Beschäftigung mehr bot und die Zahl der Armen wieder wuchs⁵⁸.

Sicherheit In der Risikogesellschaft

Hatte Willy Brandt 1969 noch Sicherheit an Veränderung, an politischen und gesellschaftlichen Wandel gekoppelt, so verlor mit Beginn der Kanzlerschaft Helmut Schmidts und vor dem Hintergrund der Krisenerfahrung von 1973/74 der Sicherheitsbegriff seine reformorientierte Dynamik. Statt des Brandtschen Zentralbegriffs "Reform" hielt nun wieder verstärkt der Begriff der "Stabilität" Einzug in die politische Rhetorik und insbesondere in Helmut Schmidts "neue Kanzlersprache"59. Schon die erste Regierungserklärung des neuen Bundeskanzlers legte davon Zeugnis ab. Nicht nur war in ihr ganz allgemein von "Kontinuität" und "Konzentration" als den Leitmotiven künftiger Politik die Rede – der Geist der "Erneuerung" schien verflogen, sondern in nüchterner und sachlicher, ja geradezu funktionalistischer Sprache verwies Schmidt vor dem Parlament und vor der SPD-Bundestagsfraktion auch darauf, daß jede Regierung zunächst und vor allem "die klassischen Staatsfunktionen befriedigend für den Bürger zu erfüllen" habe⁶⁰. Das trug dem Bundeskanzler scharfe Kritik, vor allem aus den Reihen der eigenen Partei, ein, wo man Schmidts Staatsverständnis in die Nähe von "klassischen vordemokratischen Ansichten über das Verhältnis von Staat und Bürgern"

⁶⁰ Ebenda, S. 15.





genheit im gesicherten Fortschritt". Das Jahrzehnt von Planbarkeit und Machbarkeit, in: Matthias Frese u.a. (Hrsg.), Demokratisierung und gesellschaftlicher Aufbruch. Die sechziger Jahre als Wendezeit der Bundesrepublik, Paderborn u.a. 2003, S. 777-797.

⁵⁷ Vgl. Jens Hohensee, Der erste Ölpreisschock 1973/74. Die politischen und gesellschaftlichen Auswirkungen der arabischen Erdölpolitik auf die Bundesrepublik Deutschland und Westeuropa, Stuttgart 1996.

⁵⁸ Vgl. Sywottek, Wohlstand, in: Kühne (Hrsg.), Kriegskultur S. 249.

⁵⁹ Wolfgang Jäger, Die Innenpolitik der sozial-liberalen Koalition 1974–1982, in: Ders./Werner Link, Republik im Wandel 1974-1982. Die Åra Schmidt, Stuttgart/Mannheim 1987, S. 9-272, hier S. 14.

■ 374 Aufsätze

rückte⁶¹. Wichtiger als diese Kritik ist in unserem Zusammenhang indes die Tatsache, daß die von Schmidt postulierten und aus der SPD heraus kritisierten "klassischen Funktionen eines modernen Staates" Sicherheitsfunktionen waren, nämlich "wirtschaftliche und soziale Sicherheit, [...] innere Sicherheit, innere öffentliche Sicherheit und [...] als drittes: äußere Sicherheit"⁶².

Zu den sozioŏkonomischen Verunsicherungen seit 1973/74 gesellten sich Ängste im Hinblick auf die Bedrohung der "Inneren Sicherheit" durch politischen Radikalismus und Terrorismus. Mit Fug und Recht wird man die siebziger Jahre als das Jahrzehnt der "Inneren Sicherheit" bezeichnen dürfen. Auf diesem Politikfeld ging es nun um die alltägliche öffentliche Sicherheit: erst im Zeichen des Terrorismus, später in zunehmendem Maße auch im Zeichen wachsender Kriminalität und zunehmender Verbrechensangst. Mit dem "Staatsschutz" der fünfziger Jahre oder auch der Notstandspolitik der sechziger Jahre hatte die neue Politik der "Inneren Sicherheit" nur noch wenig gemein⁶⁸. Die exekutiven Maßnahmen zur Verbesserung der "Inneren Sicherheit", die ja eine erhebliche Breitenwirkung hatten - Stichworte: Radikalenerlaß oder Regelanfrage -, und die öffentliche Diskussion darüber trugen in den siebziger Jahren auch dazu bei, daß sich das gesellschaftliche Sicherheitsbewußtsein veränderte, daß immer mehr Bundesbürger ihre Umwelt als zunehmend unsicher ansahen und daß sich eine Einstellung ausbreiten konnte, welche die Bundesrepublik in eine Zeit der Unsicherheit eingetreten sah. "Innere Sicherheit" wurde in der politischen Diskussion und in der politischen Wertehierarchie innerhalb weniger Jahre so wichtig, daß schon bald sozialpolitische oder umweltpolitische Ziele und Programme als Beiträge zur Verbesserung der "Inneren Sicherheit" dargestellt und legitimiert wurden. So hieß es im Wahlprogramm der SPD von 1980: "Nicht nur Kriminalität und Terror, auch die Verweigerung sozialer Gerechtigkeit, die Einschränkung der Lebensqualität durch Umweltschädigung und der Mißbrauch wirtschaftlicher Macht unter dem Schein des Rechts gefährden die innere Sicherheit."64

Die Diskussion über eine Erweiterung von Sicherheitskonzeptionen beziehungsweise ein erweiterter Sicherheitsbegriff waren nicht nur deutsche, sondern internationale Phänomene, die wir etwa zeitgleich überall in der westlich-industriellen Welt und ihren Gesellschaften identifizieren können⁶⁵. Das ist insofern nicht überraschend, als die Debatte über ein erweitertes Sicherheitsverständnis ursächlich zusammenhängt mit der internationalen Krisenerfahrung der Mitte der siebziger Jahre, welche auch das Ende des ökonomischen Booms und – in

⁶⁵ Vgl. Uwe Nerlich, Deutsche Sicherheitspolitik. Konzeptionelle Grundlagen für multilaterale Rahmenbedingungen, in: Karl Kaiser/Hanns W. Maull (Hrsg.), Deutschlands neue Außenpolitik, Bd. 1: Grundlagen, München 1997, S. 153–174; ders., Europäische Sicherheitskultur. Das Ziel und der Weg, in: Albrecht Zunker (Hrsg.), Weltordnung oder Chaos?, Baden-Baden 1993, S. 21–36.



⁶¹ So der SPD-Bundestagsabgeordnete Ulrich Lohmar über Schmidt und sein Regierungsprogramm, in: Der Spiegel, 27. 5. 1974, S. 10.

⁶² Zit. nach Jäger, Innenpolitik, in: Ders./Link, Republik im Wandel, S. 15.

⁶³ Vgl. Bull, Politik, S. 156 f.

⁶⁴ Ebenda, S. 158.

einem weiteren Sinne – das Ende des von Eric Hobsbawm sogenannten Goldenen Zeitalters der fortgeschrittenen kapitalistischen Staaten markierte⁶⁶. Die Debatte, die selbstverständlich ihre je einzelnen nationalen Ausprägungen hatte, begann nach dem Nahost-Krieg von 1973 und dem politisch intendierten Anstieg der Ölpreise. Zunächst wurde der Gesichtspunkt ökonomischer Sicherheit betont, und zwar insbesondere der Sicherheit von Energie beziehungsweise von Energiequellen als Basis wirtschaftlichen Wohlstands und sozialer Stabilität. Was Helmut Schmidt 1974 noch in allgemeinen Worten zu den Sicherheitsaufgaben des Staates äußerte, floß 1980 mit dem "Inoki-Bericht" in Japan erstmals in ein konkretes politisches Konzept ein. Der von der japanischen Regierung in Auftrag gegebene "Inoki-Bericht" versuchte, alle Dimensionen einer möglichen Gefährdung der japanischen Bevölkerung in einem umfassenden Sicherheitskonzept zu integrieren, das von der militärischen Sicherheit über die Ernährungssicherheit bis hin zur Erdbebensicherheit reichte⁶⁷.

Dabei darf der Blick auf nationale Sicherheitspolitiken allerdings nicht darüber hinwegtäuschen, daß in der Folge, ja, als Reaktion auf die Krise der mittleren siebziger Jahre, eine nationale oder international koordinierte Regierungspolitik immer weniger in der Lage war, Sicherheit zu schaffen beziehungsweise wiederherzustellen. War die Weltwirtschaft, die man für die konjunkturellen Einbrüche verantwortlich machte, national zu steuern? Mit dem Aufstieg des Neoliberalismus seit Mitte der siebziger Jahre verloren die Nationalstaaten spürbar an ökonomischer, aber auch politischer Macht. Weniger als je zuvor war es ihnen noch möglich, Sicherheiten zu garantieren oder zumindest möglichst günstige Bedingungen für nationale Sicherheit zu schaffen. In diesem Sinne vollzog der Neoliberalismus auf ökonomischem Gebiet genau das, was die Existenz nuklearer Waffen auf militärischem Gebiet bewirkt hatte: daß nämlich die "harte Schale des Nationalstaats" durchbrochen wurde, wie es John H. Herz schon 1957 festgestellt hatte⁶⁸.

Auch Umweltrisiken kannten keine nationalen Grenzen und wirkten in diesem Sinne entnationalisierend beziehungsweise entterritorialisierend. Diese Erkenntnis war schon früh Bestandteil des ökologischen und umweltpolitischen Diskurses, der bereits in den siebziger Jahren nicht nur ein nationaler Diskurs war, sondern ein internationaler, ja, globaler, der in immer stärkerem Maße die ganze Erde als Bezugsrahmen hatte⁶⁹. Mit dem Hervortreten ökologischer Risiken gewannen Sicherheitskataloge wie im "Inoki-Bericht" und das ihnen zugrunde lie-

VfZ 3/2005



VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

⁵⁶ Vgl. Eric Hobsbawm, Das Zeitalter der Extreme. Weltgeschichte des 20. Jahrhunderts, München 1995, S. 324–362. Vgl. dazu auch die Rezension von Anselm Doering-Manteuffel, Das schwarze Jahrhundert und sein "Goldenes Zeitalter", in: Neue Politische Literatur 42 (1997), S. 365–377.

⁶⁷ Zum Inoki-Bericht siehe Nerlich, Sicherheitspolitik, in: Kaiser/Maull (Hrsg.), Außenpolitik, S. 156 f.

⁶⁸ John H. Herz, The Rise and Demise of the Territorial State, in: World Politics 9 (1957), S. 473-493 (dt.: Aufstieg und Niedergang des Territorialstaats, in: Ders., Staatenwelt und Weltpolitik, Hamburg 1974, S. 63-82).

Wgl. Kai Hünemörder, Die Frühgeschichte der globalen Umweltkrise und die Formierung der deutschen Umweltpolitik (1950–1973), Stuttgart 1974.

376 Aufsätze

gende erweiterte Sicherheitsverständnis an Plausibilität. Das gilt nicht nur allgemein für das seit den siebziger Jahren wachsende Bewußtsein der Gefährdung der natürlichen Lebensgrundlagen des Menschen, sondern es gilt insbesondere für die Risiken des Einsatzes fortgeschrittener Technologien, sogenannter Hochrisikotechnologie, wie es sehr bald hieß, allen voran der Nutzung von Kernenergie. Gesellschaftlich spürbar und damit politisch noch wirkungsmächtiger wurde der grenzüberschreitende und entgrenzende Charakter von Umweltrisiken spätestens mit der Reaktorkatastrophe von Tschernobyl 1986⁷⁰. Die Windrichtung bestimmte über die Verteilung von Risiken und Gefahren, nicht der nationale Staat, der offensichtlich Sicherheit nicht gewährleisten konnte.

Die Gegner der Atomkraft, die sich nicht zuletzt in der Bundesrepublik seit den siebziger Jahren organisierten und ihren Protest artikulierten, konnten ihre Position seit 1986 noch viel konkreter mit dem Verweis auf "Sicherheit" beziehungsweise auf die "Unsicherheit" von Kernkraft untermauern. Das ließ die Multidimensionalität und damit auch die aus dieser Multidimensionalität geborene Widersprüchlichkeit des Sicherheitsbegriffs in aller Klarheit hervortreten. Waren die Gewinnung nuklearer Energie und die Errichtung von Kernkraftwerken seit den späten fünfziger Jahren als Möglichkeit dargestellt und gepriesen worden, ökonomische Sicherheit als Wohlstandssicherheit auf Dauer zu stellen⁷¹, so rückte nun stärker in die öffentliche Wahrnehmung, daß wie in einem System kommunizierender Röhren die Sicherheit der Energiezufuhr erkauft wurde durch das hohe Risiko atomarer Energiegewinnung. Beide Sicherheiten waren offenbar nicht gleichzeitig zu haben und erforderten politische Abwägungen und Wertentscheidungen. In diesem Sinne trugen die Erfahrungen mit Hochrisikotechnologien, vor allem im Bereich der Kernkraft, dazu bei, daß sich insbesondere in den westlichen Gesellschaften das Bewußtsein für die Relativität von Sicherheit verstärkte. Das bezieht sich nicht zuletzt auf die weitere Ausdifferenzierung von Sicherheit beziehungsweise von Sicherheiten. Ziel politischen Handelns und politischer Entscheidungen war nun weniger beziehungsweise nur noch ganz allgemein die Schaffung von Sicherheit, sondern vielmehr die Minimierung von Unsicherheit und eine Hierarchisierung von Sicherheitszielen, die Entwicklung von Sicherheitsprioritäten.

In den zeitgenössischen Gesellschaftsbeschreibungen der Soziologie der achtziger Jahre bündelte der von Ulrich Beck geprägte Begriff der "Risikogesellschaft" diese Entwicklungen⁷². Mit Blick auf die Gesellschaft als Ganzes konstatierte Beck die "Ausdehnung von Modernisierungsrisiken" als Sicherheitsrisiken. Nicht von ungefähr hob er dabei vor allem auf technologische Entwicklungen wie beispielsweise die Kernkraft oder die Gentechnologie ab. Daß diese neuartigen Sicher-

⁷² Vgl. Ulrich Beck, Risikogesellschaft. Auf dem Weg in eine andere Moderne, Frankfurt a. M. 1986.



⁷⁰ Vgl. Franz-Josef Brüggemeier, Tschernobyl, 26. April 1986. Die ökologische Herausforderung, München 1998.

⁷¹ Vgl. Metzler, Konzeptionen, S. 70-80; Joachim Radkau, Aufstieg und Krise der deutschen Atomwirtschaft 1945-1975, Reinbek 1983.

heitsrisiken sozial nivellierend beziehungsweise demokratisierend wirkten, indem sie geradezu gleichmacherisch alte Unterschiede in der Unsicherheits- oder Risikoausgesetztheit relativierten und in ihrer Bedeutung verminderten, war jedoch nur eine Seite der Gesellschaftsanalyse Becks. Auf der anderen Seite standen seine Beobachtungen der Auflösung von sozialen Klassen, von überkommenen Ehe- und Familienstrukturen, von Geschlechterrollen oder Arbeitsbeziehungen als sozial verbindlichen Institutionen in Prozessen der Individualisierung. Der Befund gewachsener Risiken und erodierender Sicherheiten - für die Gesellschaft insgesamt wie für den Einzelnen - verband freilich beide Beobachtungen. Daß Becks Analyse die fortbestehenden Strukturen sozialer Ungleichheit als letztlich sekundar darstelle und bewerte, haben ihm Kritiker immer wieder vorgehalten. Das ist hier nicht zu diskutieren. Wichtig ist aber in unserem Kontext, daß mit Ulrich Beck die Sozialwissenschaften die Veränderung und Ausdifferenzierung des gesellschaftlichen Sicherheitsverständnisses analytisch und begrifflich zu fassen versuchten. Die gestiegene Risikoempfindlichkeit moderner Gesellschaften mit Blick auf das erreichte soziale beziehungsweise sozialstaatliche Niveau, aber eben auch mit Blick auf das Niveau technischer Sicherheit, auf die seit Mitte der achtziger Jahre Ulrich Beck in soziologischer Perspektive, aber beispielsweise auch Hermann Lübbe philosophisch⁷⁸ aufmerksam machten, bedeutete auch eine neue Politikanforderung im Sinne von Risikominimierung anstelle eines umfassenden Unsicherheitsabbaus.

Die Sprache, in der Werner Conze um 1980 den Artikel "Sicherheit, Schutz" in den "Geschichtlichen Grundbegriffen" verfaßte⁷⁴, war von der Begrifflichkeit Becks oder Lübbes weit entfernt. Das bezieht sich nicht nur auf die fehlende Thematisierung der Umweltsicherheit, für die Conze wohl weniger das wissenschaftliche als vielmehr - zum damaligen Zeitpunkt - das politische Sensorium abging. In seiner ausblickhaften Auseinandersetzung mit den "Massendemonstrationen der "Friedensbewegungen" verwies er noch auf die "Furcht vor dem Ende aller Sicherheit" als deren zentrales Motiv und machte sich damit ein absolutes Verständnis von Sicherheit zu eigen. Das unterschied den Historiker freilich nicht von weiten Teilen der westdeutschen Gesellschaft und insbesondere der Friedensbewegung, die im nuklearen Rüstungswettlauf von Ost und West, der im Zeichen der Stationierung neuer sowjetischer Mittelstreckenwaffen vom Typ SS-20 und des Nachrüstungsbeschlusses der NATO seit Ende der siebziger Jahre eine neue Dynamik erhielt, nicht ein letztlich politisch beherrschbares Sicherheitsrisiko erkannten, sondern eine existentielle Gefährdung von Sicherheit, verstanden als Gefährdung der menschlichen Existenz durch einen nuklearen "Dritten Weltkrieg".

⁷⁴ W. Conze, Sicherheit, Zitate S. 862.





⁷⁸ Siehe beispielsweise Hermann Lübbe, Die schwarze Wand der Zukunft, in: Ernst Peter Fischer (Hrsg.), Auf der Suche nach der verlorenen Sicherheit, München 1991, S. 17–31, oder Hermann Lübbe, Erfahrungsverluste und Kompensation, in: Ders., Die Aufdringlichkeit der Geschichte. Herausforderungen der Moderne vom Historismus bis zum Nationalsozialismus, Graz u. a. 1989, S. 105–119.

■ 378 Aufsätze

Mit dem Hinweis auf den Ost-West-Konflikt und die nukleare Rüstung ist eine Dimension von Sicherheit und Sicherheitspolitik benannt, die in den siebziger Jahren und auch noch in der Frühzeit der Kanzlerschaft Helmut Schmidts nicht zuletzt im Zeichen weltpolitischer Entspannung im Vergleich zu den Fragen ökonomischer, sozialer und innerer Sicherheit eher im Hintergrund gestanden hatte: die außenpolitische und letztlich militärische Sicherheit, die "klassische Sicherheitspolitik"⁷⁵. Wenige Tage nach der wohl größten Herausforderung der "inneren Sicherheit" der Bundesrepublik durch den Terrorismus der RAF (Entführung und Ermordung von Hanns-Martin Schleyer, Entführung der Lufthansa-Maschine "Landshut") holte Helmut Schmidts berühmte Rede vor dem Londoner Institut für strategische Studien (IISS) im Oktober 1977 diese Dimension in das Zentrum seines eigenen politischen Handelns und in den Fokus der internationalen Politik zurück. Ein politisch-militärisches Gleichgewicht zwischen Ost und West sei die Voraussetzung von Sicherheit wie auch von Entspannung⁷⁶. Der NATO-Doppelbeschluß des Jahres 1979 nahm diese Prämisse auf. Er forderte ein umfassendes und ausdifferenziertes militärisches Gleichgewicht zwischen Ost und West, bot dem Warschauer Pakt an, dieses Gleichgewicht durch Rüstungskontrollmaßnahmen zu erreichen, drohte aber gleichzeitig mit westlicher Nachrüstung, sollten die Verhandlungsanstrengungen scheitern⁷⁷.

Der NATO-Doppelbeschluß und die innenpolitische und gesellschaftliche Auseinandersetzung darüber, die gerade in der Bundesrepublik in ihrem Kern um die Definition von Sicherheit kreiste, war das beherrschende Thema der letzten Amtsjahre Helmut Schmidts und der beginnenden Kanzlerzeit Helmut Kohls. Der Niedergang der sozialliberalen Koalition und der Wechsel zu einer Regierung aus CDU/CSU und FDP sind ohne diesen Sicherheitsdiskurs, der im übrigen einmal mehr auf die sozialkulturelle Wertbesetzung von "Sicherheit" verweist, nicht zu verstehen und zu analysieren. Die Frage der internationalen und der militärischen Sicherheit reichte tief hinein in Innenpolitik und Gesellschaft der Bundesrepublik und verband sich mit gesellschaftlichen Entwicklungen, die mit Blick auf das Parteiensystem der Bundesrepublik in der Gründung der "Grünen" 1980 und ihrem Einzug in den Bundestag 1983 politisch kulminierten. In diesen Prozessen, die hier nicht im Einzelnen zu entfalten sind, waren die Frage der äußeren, ja militärischen Sicherheit und die Sicherheitspolitik - einer "alternativen Sicherheitspolitik", wie es der "Krefelder Appell" der Friedensbewegung vom November 1980 formulierte⁷⁸ - zentrale Referenzpunkte. Waren, gerade in internationaler Perspektive, Sicherheit und Stabilität letztlich gleichbedeutend, wie es die Regierungen

⁷⁸ "Krefelder Erklärung" vom 16.11. 1980, abgedruckt in: Alfred Mechtersheimer (Hrsg.), Nachrüsten? Dokumente und Positionen zum Nato-Doppelbeschluß, Reinbek 1981, S. 249 f.



⁷⁵ So die Formulierung von Helga Haftendorn, Sicherheit und Stabilität. Außenbeziehungen der Bundesrepublik zwischen Ölkrise und NATO-Doppelbeschluß, München 1986, S. 24 f.

Text der Rede in: Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung, Nr. 112,
 11. 1977, S. 1013-1020; Wiederabdruck in: Haftendorn, Sicherheit, S. 195-212.

⁷⁷ Vgl. Kommuniqué der Sondersitzung der Außen- und Verteidigungsminister der NATO, 12. 1979, abgedruckt in: Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung, Nr. 154, 18. 12. 1979, S. 1409 f. u. S. 1414.

Schmidt und Kohl, die NATO und auch die Sowjetunion sahen? Oder war die auf nukleare Abschreckung gegründete Stabilität im Ost-West-Verhältnis nicht sicher, sondern unsicher? In der Retrospektive, insbesondere seit 1990, sind die Bedingungen der Stabilität des Ost-West-Konflikts deutlicher geworden, die ganz wesentlich von einem in Ost und West gleichartigen Verständnis von Sicherheit abhing, von der disziplinierenden Logik atomarer Waffen und der durch sie erzwungenen beziehungsweise verstärkten Rationalität politischen Handelns. In der Auseinandersetzung mit dem Verständnis und der Definition von "Sicherheit" werden also nicht nur bestimmende Merkmale internationaler Politik und internationalen politischen Handelns, verstanden gerade auch als kommunikatives Handeln, faßbar. sondern auch die Verklammerung und Interdependenz von internationalen Entwicklungen einerseits und innerstaatlichen und innergesellschaftlichen andererseits. Das mag im Blick auf die historische Analyse moderner Gesellschaften und von Politik in modernen Gesellschaften mittlerweile selbstverständlich erscheinen. Doch erst im klaren Gegenstandsbezug ist diese Interdependenz präzise herauszuarbeiten. "Sicherheit" bezeichnet einen solchen Gegenstand, und die Wandelbarkeit, die Historizität des Begriffs und seines Inhalts sind für die historische Analyse kein Nachteil, sondern ein entscheidender Vorteil.

Sicherheit als Kultur

Die Idee vollständiger Sicherheit ist seit den siebziger Jahren ins Wanken geraten. Weder als emotionale Geborgenheit im Zeichen der Stabilität noch als Zukunftsgewißheit war Sicherheit seitdem wiederherzustellen. Konnten die großen Konversationslexika noch in den siebziger Jahren Sicherheit definieren als "Zustand des Unbedrohtseins, der sich objektiv im Vorhandensein von Schutz beziehungsweise im Fehlen von Gefahr darstellt"⁷⁹, so ist seither deutlicher geworden, daß der angeblich absolute Gegensatz von Sicherheit und Unsicherheit nur ein scheinbarer Gegensatz ist. Sicherheit und Unsicherheit sind vielmehr relationale Begriffe; sie markieren zwei Pole auf einer Sicherheits-Unsicherheits-Skala, und wo sich ein Individuum oder eine Gesellschaft auf dieser Skala verortet, ist von objektiven Faktoren genauso abhängig wie von subjektiven Einschätzungen und Wahrnehmungen. Auf eine tatsächliche Abschaffung von Gefahren kann Sicherheit wohl nur noch in Grenzfällen hinauslaufen, viel eher auf eine Reduzierung oder Minimierung von Risiken. Das demonstrieren nicht zuletzt die Erfahrungen der letzten Jahrzehnte mit Hochrisikotechnologien wie insbesondere der Kernkraft.

Wo Sicherheit nicht oder nicht mehr hergestellt oder garantiert werden kann – hilft da Vertrauen? Vertrauen hat in den letzten Jahren vermehrt Einzug gehalten in unsere politische Alltagssprache. Selbst Historiker haben begonnen, die Geschichtlichkeit von "Vertrauen" zu untersuchen⁸⁰. Nicht wenige politische Publizisten erblicken in einem genuinen Mangel an Vertrauen und an Vertrau-

⁸⁰ Vgl. beispielsweise Ute Frevert (Hrsg.), Vertrauen. Historische Annäherungen, Göttingen 2003.





⁷⁹ Zit. nach Bonß, Konstruktion, in: Lippert u.a. (Hrsg.), Sicherheit, S. 22.

380 Aufsätze

ensfähigkeit eine Ursache für die tiefe Krise von Politik und Gesellschaft⁸¹. Das ist weniger neu, als es manchem scheinen mag. Schon 1968 hat Niklas Luhmann Vertrauen als einen "Mechanismus der Reduktion sozialer Komplexität" bezeichnet und damit als eine Möglichkeit, Ordnung und Sicherheit, vor allem als Selbst-Sicherheit, in der Komplexität moderner Gesellschaften zumindest partiell wiederherzustellen – Sicherheit als "Systemvertrauen" also⁸². Genau dies ist der Ort von "Sicherheit als Kultur"; es ist aber auch der Ort von Sicherheit als Aufgabe und Funktion politischen Handelns in modernen Gesellschaften.

Das Thema "Sicherheit" verdient weitere und intensivere zeithistorische Analysen, doch es weist weit über den Elfenbeinturm hinaus. Denn es kann kein Zweifel daran bestehen, daß sich Unsicherheitserfahrungen weiter intensivieren werden. "Die schwarze Wand der Zukunft" rückt näher, so hat es Hermann Lübbe einmal formuliert⁸³. Zukunft ist weniger denn je kalkulierbar. Im Zeitalter globaler Information wachsen Unsicherheiten, weil Handlungsräume und Handlungsmöglichkeiten nicht mehr mit Informationsräumen und Informationsmöglichkeiten übereinstimmen. Wir wissen, was alles passieren könnte, weil wir wissen, daß es passiert⁸⁴. In das "goldene Zeitalter der Sicherheit" führt kein Weg zurück, auch wenn die Menschen nicht aufhören werden, nach diesem "Traumschloß", wie es Stefan Zweig nannte, zu suchen⁸⁵. Für den Historiker stellt diese Suche ein Thema mit reichem Erkenntnispotential dar, und sicher ist sie ein Narrativ für eine "moderne Politikgeschichte" der Bundesrepublik Deutschland.



⁸¹ So beispielsweise Gertrud Höhler, Warum Vertrauen siegt. 50 gute Gründe, sich aufeinander zu verlassen, Berlin 2003.

⁸² Vgl. Niklas Luhmann, Vertrauen. Ein Mechanismus der Reduktion sozialer Komplexität, Stuttgart ³1989, insbesondere S. 23–32; ders., Vertrautheit, Zuversicht, Vertrauen: Probleme und Alternativen, in: Martin Hartmann/Claus Offe (Hrsg.), Vertrauen. Die Grundlage des sozialen Zusammenhalts, Frankfurt a.M. 2001, S. 143–160; vgl. auch Kaufmann, Sicherheit, S. 20 f., sowie Lippert u.a., Einleitung, in: Dies. (Hrsg.), Sicherheit, S. 13 f.

⁸⁸ Lübbe, Schwarze Wand, in: Fischer (Hrsg.), Suche, S. 19.

⁸⁴ Vgl. ebenda, sowie Martin Dinges/Fritz Sack, Unsichere Großstädte?, in: Dies. (Hrsg.), Unsichere Großstädte? Vom Mittelalter bis zur Postmoderne, Konstanz 2000, S. 9–65, hier S. 14 f. Vgl. auch Hans Jonas, Das Prinzip Verantwortung. Versuch einer Ethik für die technologische Zivilisation, Frankfurt a. M. 1984, S. 7 f. Jonas spricht in diesem Zusammenhang von der "Heuristik der Furcht".

⁸⁵ Zweig, Welt, S. 21.